

## „Kollektive Diskriminierung“

Die EU will die Situation der Sinti und Roma verbessern

Brüssel – Livia Jaroka hat eine ganz normale Schule in Ungarn besucht. Doch nach ihrem Abschluss hat sie erfahren, dass jahrelang im Schulregister neben ihrem Namen ein „C“ stand – für „cigany“, Zigeuner. Eigentlich hat die heute 33-jährige Europaabgeordnete Glück gehabt, denn Roma-Kinder werden laut verschiedenen EU-Berichten überdurchschnittlich häufig auf Sonderschulen geschickt – auch wenn heute kein Staat in Europa mehr offiziell eine Segregation in den Schulen verfolgt.

Benachteiligung im Schulsystem ist nur eine von vielen Formen von Diskriminierung, die Sinti und Roma erfahren. „Sie haben Nachteile beim Zugang zu Wohnungen, Bildung, Arbeit und Gesundheit“, sagte EU-Sozialkommissar Vladimir Spidla in Brüssel. „Die Roma sind die einzige Minderheit in Europa, die kollektiv diskriminiert wird.“ Deshalb hat die EU-Kommission gemeinsam mit der französischen Ratspräsidentschaft am Dienstag zum ersten Roma-Gipfel nach Brüssel eingeladen. Etwa 500 Vertreter von EU-Institutionen, Regierungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen berieten, wie die Situation der knapp zehn Millionen Roma in Europa verbessert werden könne. Deren von „Armut, sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung“ geprägte Lebensbedingungen seien „im 21. Jahrhundert in Europa nicht akzeptabel“, sagte EU-Kommissionspräsident José Barroso.

Spidla betonte, dass es in der EU genügend rechtliche Instrumente und Finanzierungskonzepte gebe, mit denen die Integration der Roma verbessert werden könne. Er beklagte jedoch Defizite bei der Umsetzung in den Mitgliedstaaten. Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrats der Sinti und Roma in Deutschland, forderte am Rande der Konferenz von der EU härtere Maßnahmen gegen rassistische Angriffe auf Roma. Deren Ausgrenzung erinnere ihn an die Apartheid in Südafrika. Der Milliardär George Soros, dessen Open Society Institute seit Jahren junge Roma fördert, kritisierte energisch die von der EU tolerierte Praxis Italiens, Daten und Fingerabdrücke der Roma systematisch zu erfassen: „Ich hoffe, dass der Europäische Gerichtshof diese ethnische Registrierung für illegal erklärt.“

Die im Mittelalter aus Indien eingewanderten Sinti und Roma sind die größte Minderheit Europas. Durch die Osterweiterung 2004 sind Millionen von ihnen EU-Bürger geworden. *Silke Lode*

## Erstmals nimmt Tschechien Abstand von der These einer Kollektivschuld aller Sudetendeutschen an den Verbrechen des NS-Regimes

Von Klaus Brill

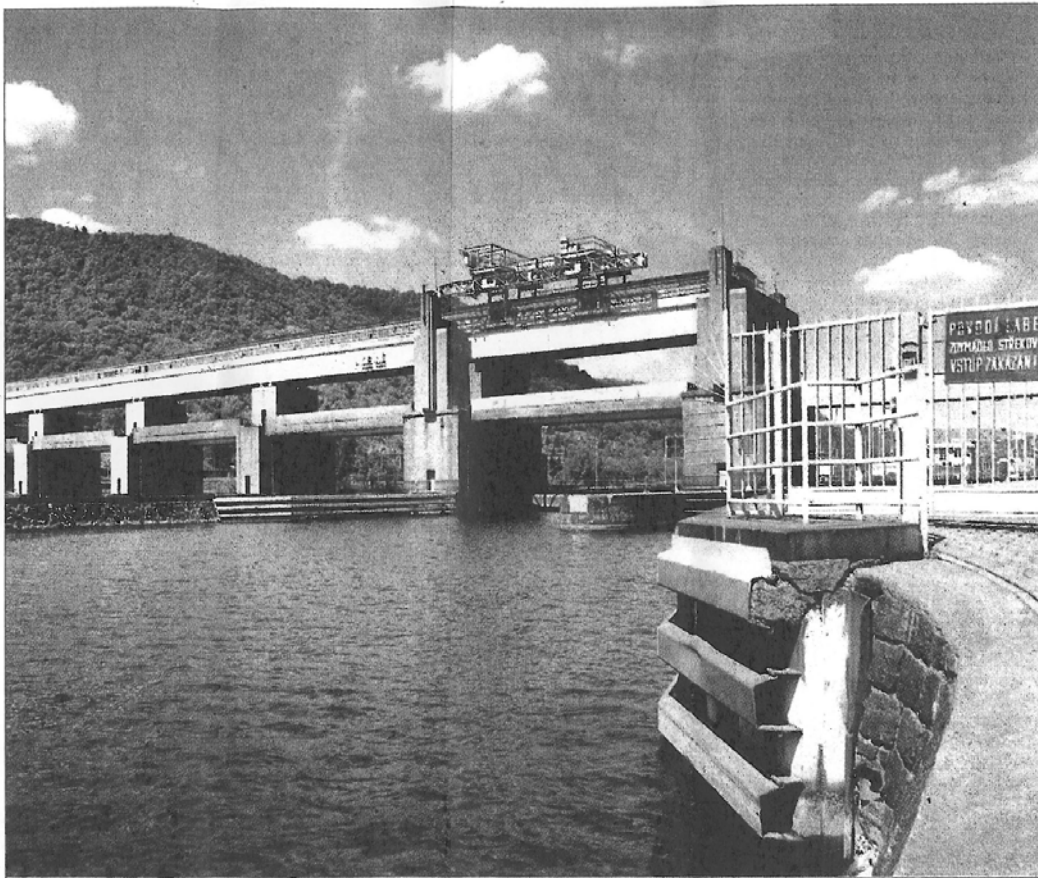
Usti nad Labem – Es kommt vor, dass Menschen „falsch geboren werden“, wie Gustav Krov sagt, „zur falschen Zeit, am falschen Ort“. Fritz Dedek war so einer, den der Direktor des Museums von Usti nad Labem (Aussig) dabei im Sinn hat. Dedek erblickte das Licht der Welt in Aussig im Jahre 1934, als diese nordtschechische Stadt noch überwiegend von Deutschen bewohnt war. Sein Vater, ein deutscher Sozialdemokrat, war verheiratet mit einer Tschechin. Er widersetzte sich den Nazis, die Aussig und das ganze damals sogenannte Sudetenland nach dem Münchner Abkommen von 1938 in das Deutsche Reich und sein diktatorisches Regime eingliederten. Den kleinen Fritz bezog der Widerstandskämpfer, der als Elektromonteur am Wasserkraftwerk arbeitete, in seine Untergrundarbeit ein. Als Elfjähriger zwickte dieser auf Geheiß des Vaters mit einer Zange die Drähte durch, mit deren Hilfe deutsche SS-Einheiten 1945 auf dem Rückzug das große Stauwerk in der Elbe bei Aussig sprengen wollten.

### Objekt des Hasses

Das Eingreifen des Jungen verhinderte den Sabotageakt und rettete Tausende Menschen vor der Überflutung. Doch wurde ihm die Heldentat nach Kriegsende schlecht vergolten. Hatte er bei den Nazis als „Halbttscheche“ gegolten, so wurde er jetzt als „Halbdeutscher“ angesehen. In Reaktion auf die Nazi-Greuel wurden die Sudetendeutschen, die den Nazis in großer Zahl zugejubelt hatten, zum Objekt des Hasses vieler Tschechen. Es kam zu „wilden Vertreibungen“, und die berüchtigten Dekrete des tschechoslowakischen Präsidenten Edvard Benes wurden dann die Grundlage für die systematische Enteignung und Vertreibung. Etwa drei Millionen Deutschböhmern mussten die seit Generationen angestammte Heimat verlassen.

Dabei wurden im Widerspruch zu den Benes-Dekreten sogar die anerkannten Hitler-Gegner – vor allem Sozialdemokraten, Kommunisten und Katholiken – zur Aussiedlung genötigt, im Ganzen etwa 130 000. Man organisierte für diese „Antifaschisten“ besondere Transporte, auch die Familie Dedek meldete sich dazu an. Am Ende konnte sie bleiben, allerdings musste der Vater die Dienstwohnung aufgeben, man lebte im Häuschen der ausgewiesenen Großmutter.

Fritz Dedek wurde wie sein Vater Elektriker und lebte unauffällig als Angehöriger jener kleinen deutschen Minderheit



1945 wollten deutsche SS-Einheiten auf dem Rückzug das große Stauwerk in der Elbe bei Aussig sprengen. Ein elf Jahre alter Sudetendeutscher verhinderte dies. Er zwickte die Drähte mit einer Zange durch. Foto: vario-images

von etwa 7000 Personen, die bis heute in Tschechien ansässig ist.

In den offiziellen Würdigungen des Widerstands gegen die NS-Herrschaft kamen die Dedeks bisher nicht vor. Sie gehören zu jenen „vergessenen Helden“, an die in Usti jetzt mit der Eröffnung einer Ausstellung und einer zweitägigen Konferenz erinnert wurde. Erstmals rückten tschechische Institutionen damit offiziell von der These einer Kollektivschuld aller Sudetendeutschen ab, und erstmals werden nun amtlich die Türen weit geöffnet für eine differenzierte Erörterung der gemeinsamen Vergangenheit von Tschechen, Deutschen, Slowaken und

Ungarn in der Tschechoslowakei und ihren Vorgänger-Staaten.

Den politischen Durchbruch hatte vor zwei Jahren der sozialdemokratische Ministerpräsident Jiri Paroubek bewirkt. Er entschuldigte sich offiziell bei den deutschsprachigen Hitler-Gegnern in der Tschechoslowakei für die Demütigungen, die sie nach dem Krieg erfahren hatten. Und er stellte 1,2 Millionen Euro bereit für die Erforschung und Dokumentation ihrer Schicksale.

Das Ergebnis dieser Aufarbeitung wurde jetzt in Usti präsentiert – als eine Sammlung von mehr als 70 zeithistorischen Interviews Broschüren, Filmen

und Dateien. Das Werk entstand in intensiver Zusammenarbeit zwischen dem Institut für Zeitgeschichte der Akademie der Wissenschaften in Prag, dem Nationalarchiv, dem Tschechischen Rundfunk sowie dem Museum und der Universität in Usti. Mitbeteiligt war auch das Collegium Bohemicum, dessen Gründung vor zwei Jahren durch den damaligen OB von Usti und heutigen Landwirtschaftsminister Petr Gandalovic schon ein Akt politischer Courage war. Denn das Collegium befasst sich mit dem kulturellen Erbe der Deutschen in Böhmen und plant ein bisher einzigartiges Zentrum mit Museum, Archiv und Bibliothek dazu.

Dass die Direktorin Blanka Muralova und ihre Mitstreiter mit dem Gedanken spielen, die spätere Ausstellung einmal „Unsere Deutschen“ zu nennen, belegt, wie weit die Öffnung für diese Problematik inzwischen in Tschechien vorangeschritten ist. Vor kurzer Zeit war solches noch undenkbar. Auch bei der Fachkonferenz, die jetzt in Usti die bisherige Arbeit sichtet, signalisierte oft schon die Wortwahl eine Lockerung. Da sprachen tschechische Forscher und Funktionäre von „deutschen Tschechoslowaken“ oder „tschechischen Deutschen“. Die Botschaft ist eindeutig: Die Deutschen gehörten dazu im alten Böhmen und in der Ersten Tschechoslowakischen Republik, deren Gründervater Tomas Masaryk auch einmal ein „Schweizer Modell“ des Zusammenlebens ventiliert, aber ebenso von „Entgermanisierung“ gesprochen hatte.

### Im KZ gefoltert

Zwischen den Regierungen in Prag und den Vertretern der Sudetendeutschen wird über diese Fragen seit 90 Jahren erbittert gestritten, und deshalb hat, was da in Usti präsentiert wurde, in doppeltem Sinn eine historische Dimension. Erstens erfahren jetzt auch junge Tschechen erstmals etwas über Lebensläufe früherer Mitbürger, die wie Maria Günzl als Sozialdemokraten gegen die Nazis kämpften, dafür ins KZ kamen und gefoltert wurden; 1946 ging Maria Günzl nach Bayern, wo sie später lange im Landtag saß. Und zweitens bleibt es bei diesem Ansatz natürlich nicht aus, dass die Ereignisse jener Zeit auch ganz allgemein noch einmal rekapituliert und kritische Fragen gestellt werden, die in der jungen Generation ohnehin schon zu hören sind.

Außenminister Karel Schwarzenberg, der 1948 mit seinen Eltern aus der Tschechoslowakei geflohen war, fühlt sich geradezu an seine Studentenzeit in München erinnert, als die deutsche Jugend begann, die Väter und Großväter nach der Nazi-Zeit zu befragen. Auch im heutigen Tschechien müsse man „die Dinge richtig beim Namen nennen“, sagte der Minister, der in seiner Amtszeit stets von Vertreibung und nie wie andere Politiker von Abschiebung gesprochen hat. In Usti nannte er als Ereignisse, die aufzuklären seien, in einem Atemzug unter anderem die Massaker von Lidice und Postoloprty – auch das eine kleine Sensation. In Lidice ermordeten 1942 deutsche Einheiten alle 180 Männer des Dorfes und brachten die Frauen ins KZ. In Postoloprty (Postelberg) wurden 1945 mehr als 750 Deutsche gefoltert und erschossen.